

Lieb und teuer

Politiker sind uns lieb und teuer. Mein Fazit gleich an den Anfang gestellt: Ich bin sehr dafür, dass Politiker gut bezahlt werden.

Wir haben eines der gerechtesten Wahlsysteme der Welt, eine Kombination aus Direkt- und Verhältniswahl. Deshalb gibt es jedes Mal zwei Stimmzettel. Einen für den Wahlkreisabgeordneten und den zweiten für eine Partei. Im Parlament, das in Berlin Abgeordnetenhaus heißt, soll der tatsächliche Wählerwillen wiedergespiegelt werden. Und wenn eine Schiefelage dadurch entsteht, dass eine Partei sehr viele Mandate direkt gewonnen hat und bei anderen deshalb der prozentuale Anteil nicht abgebildet wird, greifen Ausgleichs- und Überhangmandate. Das wäre an dieser Stelle zu viel, um es ausführlich zu erklären, nur so viel, sie dienen dazu, den Wählerwillen genau zu bestimmen. Deshalb bin ich auch dafür, dass unser Abgeordnetenhaus nicht, wie vorgesehen, 130 Mitglieder zählt (60 Prozent aus Wahlkreisen und 40 Prozent über Parteienlisten), sondern 160. Die zusätzlichen 30 dienen der Herstellung des gerechten Verhältnisses der Parteien zueinander.

In Berlin haben wir ein so genanntes Teilzeitparlament, was bedeutet, dass die Abgeordneten „nebenbei“ noch einer beruflichen Tätigkeit nachgehen (können). Einer Reihe von Abgeordneten reicht aber die Vergütung aus, immerhin rund 3.900 Euro brutto, sie gehen keiner weiteren beruflichen Tätigkeit nach. Das Parlament in seiner jetzigen Form ist stark überfordert, die Tagesordnungen können nicht annähernd abgearbeitet werden. Um alles Erforderliche besprechen zu können, sollen die Sitzungszeiten im Plenum und in den Ausschüssen verlängert werden. Dadurch entsteht immer noch kein Vollzeit-, sondern ein Hauptzeit-Parlament. Diese begriffliche Feinheit dient allein dem Zweck, dass die Abgeordneten immer noch einer anderen beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Diese sollte sich jedoch der parlamentarischen anpassen und nicht umgekehrt.

Da dies niemand kontrollieren wird und kann, halte ich das für einen Fehler. Ich meine, dass sich ein Abgeordneter voll und ganz seiner parlamentarischen Arbeit widmen sollte. Eine parallele Tätigkeit müsste deshalb untersagt sein. Das Argument, man wolle Politiker haben, die im Leben, sprich der Arbeitswelt stünden, ist vorgeschoben. Mein Konzept ist ein ganz anderes: Jeder, der ins Abgeordnetenhaus gewählt werden möchte, muss eine Berufsausbildung, ersatzweise ein abgeschlossenes Studium nachweisen. Besser wäre noch, eine berufliche Tätigkeit von mindestens drei Jahren. Wenn man sein Leben ordentlich organisiert, könnte man so mit mindestens

30 Jahren ins Parlament einziehen. Des Weiteren würde ich die Zugehörigkeit zu einem Parlament auf zwei Legislaturperioden beschränken, also zehn Jahre. Es ist schwer zu ertragen, immer wieder Abgeordnete auf dem Bildschirm zu sehen, die dort schon auftraten, als das Fernsehen noch schwarz-weiß war. Ein Politiker sollte grundsätzlich in jeder Position nur zwei Legislaturperioden tätig sein dürfen. Die Parteien wären so gezwungen, immer wieder neue Leute aufzustellen zu müssen. Nach maximal zehn Jahren Bezirksverordnetenversammlung, könnte für einen Politiker das Abgeordnetenhaus folgen, oder ein Stadtratsposten, Senator, Bürgermeister... Man könnte nach einer politischen Tätigkeit aber auch wieder zurück ins wahre Leben gehen, was der Psyche guttäte. Politik verändert einen Menschen mehr als alle anderen Tätigkeiten, und nicht unbedingt zum Guten.

Für die Mehrarbeit sollen die Berliner Abgeordneten künftig mehr Geld bekommen, nämlich rund 6.250 Euro. Das ist eine Erhöhung von gut 60 Prozent, die sich jeder wünschen würde. Dennoch halte ich den Betrag für angemessen, allerdings mit der Einschränkung, dass die Abgeordneten auf weitere Tätigkeiten verzichten sollten. Ein Vollzeitparlament wäre für die Hauptstadt angemessen. Berlin läge mit der Diätenerhöhung übrigens im Mittelfeld der deutschen Parlamente.

Die Forderung, das Parlament zu verkleinern, halte ich für Unsinn. Auf jeden der 160 Abgeordneten kommen rund 22.000 Bürgerinnen und Bürger. Ein akzeptables Verhältnis. Ebenso unsinnig ist es, die Bürger- bzw. Wahlkreisbüros der Abgeordneten wieder abzuschaffen. Diese Vorortbüros sind eine sinnvolle Einrichtung, wenn man Bürgernähe ernst nimmt. Dass die Pauschalen, die für die Büros gezahlt werden, teilweise eine dubiose Verwendung finden, ist eine andere Geschichte. Ein Bürgerbüro irgendwo in einer sechsten Etage anzusiedeln oder es gar zu verstecken, ist inakzeptabel. Es ist die Aufgabe des Parlamentspräsidenten, die korrekte Verwendung für Mieten, Material und Personal zu überprüfen.

Unsere parlamentarische Demokratie ist anstrengend. Kein Aufwand, sie zu erhalten, sollte uns zu gering sein. Dass hart in den Debatten gestritten wird, gehört dazu. Häufig würde man sich jedoch wünschen, dass die Damen und Herren Abgeordneten eine bessere Kinderstube genossen hätten. Das Abgeordnetenhaus ist nicht der Quatsch-Comedy-Club. Live und in voller Länge überträgt dankenswerter Weise ALEX TV die Parlamentssitzungen. Der RBB hat nur Zeit für eine einstündige Zusammenfassung. Ansonsten heißt es dort: „Wer weiß denn sowas?“

Ed Koch